

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telek: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Volker Hauff MdB, Bundesminister für Verkehr, wirft der Opposition Unaufrichtigkeit in der Nahverkehrspolitik vor. Seite 1/2

Dr. Klaus Kübler MdB nennt Erfolge und neue Aufgaben der Umweltpolitik.

Seite 3

Kurt Vogelsang MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, hält der Union ihre jugendfeindliche Politik vor. Seite 4

Heinz Westphal MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion, kommt zu dem Schluß: Die Union will auf dem Rücken der kleinen Leute sparen.

Seite 5/6

Hugo Brandt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres, Sport, Bildung der SPD-Bundestagsfraktion, Sparmaßnahmen auch beim öffentlichen Dienst.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 172

10. September 1981

CDU/CSU riskiert Abbau des ÖPNV

Oppositionspläne wären Schlag gegen Personennahverkehr

Von Volker Hauff MdB
Bundesminister für Verkehr

"Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und seine Erweiterung gehören zu Recht zu den zentralen Vorhaben einer Politik sowohl der Energieeinsparung wie des Umweltschutzes." So der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg am 30. Januar 1981 vor dem Bundesrat.

So weit - so gut. Diese Aussage kann auch ich nur nachdrücklich unterstreichen. Mit der gleichzeitig erklärten Entschlossenheit, sich für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), insbesondere in der Fläche, stark zu machen, scheint es den CDU/CSU-regierten Bundesländern nun offenbar doch nicht so ernst zu sein. Nicht anders wäre die Absicht dieser Länder zu erklären, den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Lasten im Ausbildungsverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz zu beschränken.

Der Ausgleich wird den Unternehmen im ÖPNV seit 1977 gezahlt, um sie von ihren Defiziten des Ausbildungsverkehrs zu entlasten und gleichzeitig die ermäßigten Sozialtarife halten zu können. Er beträgt 50 Prozent der Differenz zwischen errechneten Durchschnittskosten und den tatsächli-



chen Erträgen im Ausbildungsverkehr. Bis 1977 waren die Defizite dieser Unternehmen drastisch angestiegen, bei den VÖV-Betrieben zum Beispiel auf 1,83 Milliarden DM. Durch die Ausgleichsleistungen von Bund und Ländern konnten sie 1979 auf 1,54 Milliarden DM gedrückt, die Fahrpreise für Auszubildende niedrig gehalten werden.

Wer nunmehr wie die CDU die Ausgleichsregelung abbauen will, muß sich darüber im klaren sein, daß dies dem von allen Parteien im Deutschen Bundestag erklärten Ziel der Förderung des ÖPNV zuwiderläuft. Eine erhebliche Erhöhung des Defizits im Ausbildungsverkehr würde die Unternehmen zwingen, entweder ihr Verkehrsangebot fühlbar zu reduzieren oder neue große Finanzrisiken für den ÖPNV zu schaffen. Beides wäre ein schwerer Schlag für den öffentlichen Personennahverkehr.

Es würde in Zukunft noch schwerer werden, ein angemessenes Angebot in der Fläche aufrecht zu erhalten. Nahverkehrsmodelle wie das Hohenlohemodell würden zu einer allenfalls für Fachleute interessanten historischen Reminiszenz verkümmern.

Wer außerdem meint, durch eine solche Maßnahme eine wesentliche Entlastung der Haushalte in Bund und Ländern erreichen zu können, der ist schlicht im Irrtum. Die öffentliche Hand hat die Verluste ihrer eigenen Verkehrsunternehmen ohnehin selbst zu tragen. Das gilt zum Beispiel für das Verhältnis Bund und Bahnbusdienste.

Kurzlebigkeit ist das Los so manch einer politischen Erklärung. Je aufrichtiger sie allerdings ist, desto länger ist ihre Lebensdauer. Hier scheinen wir es mit einem totgeborenen Kind zu tun zu haben. (-/10.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Der Umweltpolitik ist der Durchbruch gelungen

Trotz sichtbarer Erfolge steht ein riesiger Aufgabenkatalog an

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Mit der am Dienstag erfolgten Veröffentlichung des Jahresberichtes des Umweltbundesamtes sind eine Reihe bemerkenswerter Äußerungen des zuständigen Bundesinnenministers gefallen.

Für den Bereich der Umweltpolitik läßt sich für die sozialliberale Koalition folgendes festhalten:

1. Es gibt keinen Stillstand oder Rückschritt in der Umweltpolitik. Das gilt auch in Zeiten, in denen die Kassen leer sind. Man kann bei der Umweltpolitik nicht wie beim Wasserhahn einmal auf- und einmal zudrehen.
2. Umweltpolitik ist keine Schönwetterpolitik, sondern ganz normale Alltagspolitik. Sie ist zum voll gleichberechtigten Politikbereich geworden. Dies ist sicher das für Umweltschützer wichtigste Ziel. Der Umweltpolitik ist zweifellos der Durchbruch gelungen. Das zeigt, daß sie auch in der derzeitigen Sparsituation volles und gleiches politisches Gewicht behält. Dies wird umso deutlicher, je eher man den Vergleich mit der amerikanischen Gesamtpolitik zieht, in der die Umweltpolitik auf der Strecke zu bleiben scheint.
3. Umweltschutzmaßnahmen haben einen hohen Grad an Akzeptanz gefunden und Argumente, daß sie Arbeitsplätze vernichten können oder daß sie zu Investitionsstau führen würden, sind wesentlich seltener geworden.
4. Langsam wird auch das sogenannte Vollzugsdefizit, das heißt die konsequente Anwendung der zahlreichen Gesetze vor Ort, von Behörden und Unternehmen, aber auch von Privaten aufgearbeitet.

Diese grundsätzlichen Aussagen bedeuten nicht, daß in der Sache die Dinge schon alle im Laufen sind. Ein riesiger Aufgabenkatalog steht an. Dies ist allerdings wenig ungewöhnlich, weil Umweltpolitik genau wie andere Politikbereiche eine Daueraufgabe ist.

Als nächste große Aufgaben - um nur einige zu nennen - bleiben die Reduzierung der Abgase bei Autos, eine verschärfte Strategie gegen Abfälle, insbesondere gegen Wegwerfpackungen, die Novellierung der Technischen Anleitung Reinhaltung der Luft (noch ungeklärt sind zum Beispiel die Fragen bezüglich des "sauren Regens" in den bundesdeutschen Wäldern), die Einschränkung des Asbestverbrauchs, die Eindämmung von Gefährdungen durch Schwermetalle. Einen Schwerpunkt bilden auch die Fragen der Verschmutzung unserer Binnengewässer und der Nordsee. (-/10.9.1981/bgy/hgs)

+ + +



Die Opposition läßt die Jugend im Stich

CDU/CSU tut nichts für die Zukunftschancen der jungen Generation

Von Kurt Vogelsang MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Am 10. Dezember 1980 wurde vom Bundesverfassungsgericht das Ausbildungsplatzförderungsgesetz aus lediglich verfahrenstechnischen Gründen für nichtig erklärt. Da in diesem Ausbildungsplatzförderungsgesetz die Berufsbildungsplanung und das Bundesinstitut für Berufsbildung als wichtige Instrumente zur Qualitätsverbesserung und Weiterentwicklung der beruflichen Bildung enthalten waren, war es notwendig, zügig eine neue gesetzliche Regelung zu treffen. Nun ist die Bundesregierung weiterhin beauftragt, jährlich einen Berufsbildungsbericht zu erstellen, der eine klare Übersicht über die Ausbildungssituation von Jugendlichen ermöglicht. Das Bundesinstitut für Berufsbildung kann also weiterhin seinen wichtigen Aufgaben im Bereich der Berufsbildungsforschung nachgehen.

In einem Entschließungsantrag haben die Koalitionsfraktionen deutlich gemacht, daß das Thema der Beruflichen Bildung auch unter qualitativen und quantitativen Gesichtspunkten nicht zu den Akten gelegt ist.

"Die Bundesregierung wird deshalb beauftragt, dem Deutschen Bundestag bis zum Sommer 1982 darzulegen, wie

- künftig in ausreichender Zahl hochwertige Ausbildungsplätze konjunkturunabhängig bereitgestellt werden können,
- dabei gleichzeitig sektorale und regionale Ungleichgewichte auszugleichen sind,
- bei der Ausbildung die Zukunftsaussichten der Berufe stärker beachtet werden können,
- Mädchen, Ausländer, Sonderschüler und Behinderte gleiche Chancen bei der Ausbildung erhalten,
- die Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen gesichert werden kann."

Bei der Abstimmung im Ausschuß wurde deutlich: Die CSU hat sich wieder einmal gegen die CDU durchgesetzt. Die Opposition konnte sich somit nicht bereit erklären, einem so wichtigen Gesetz für die berufliche Bildung zuzustimmen. Es ist zu wenig, zu behaupten, man würde über die "Zukunftschancen der jungen Generation" nachdenken. Dem "Nachdenken" müssen auch Taten folgen.

An diesem Beispiel ist erkennbar, wie verbaler Anspruch und politisches Handeln bei der Opposition auseinanderklaffen. Die Frage bleibt: Wie wollen die CDU/CSU Oppositionsparteien den Jugendlichen zusichern, daß sie sich um die Zukunftschancen der jungen Generation bemühen, wenn sie solch wichtigen Gesetzen wie dem Berufsbildungsförderungsgesetz ihre Zustimmung versagen? (-/10.9.1981/ks/hgs)



Ein Messer ohne Klinge, dem das Heft fehlt

Die Union trägt ihre Sparabsichten auf dem Rücken der kleinen Leute aus

Von Heinz Westphal MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Mit stolz geschwellter Brust erzählten die Haushälter der CDU/CSU-Fraktion von ihrem Sieg über die Fraktionsführung bei den "Spar-Beschlüssen" der Unionsfraktion am Dienstag. "Konkrete" Einsparvorschläge der Opposition seien nun auf dem Tisch.

Wie relativ solche "Siege" einzuordnen sind, wird deutlich, wenn man sich das Hauptelement der Sparvorschläge, welches von den Unions-Haushältern eingefügt wurde, genauer ansieht. Wörtlich heißt es im von Herrn Kohl vorgelesenen Papier: "Dabei gehören alle staatlichen Ausgaben auf den Prüfstand. Ziel muß sein, Leistungen und Subventionen um insgesamt fünf Prozent zu kürzen." Durch eine nicht erläuterte Rechnung mit mehreren Unbekannten kommen die Unions-Strategen zu dem Ergebnis, dies würde zehn Milliarden DM Einsparungen bedeuten. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dies Einsparungen bei Bund, Ländern und Gemeinden sein sollen, also nicht etwa beim Bund allein, für den bekanntlich die Koalitionsfraktionen schon im Jahre 1982 eine Verbesserung der Haushaltsstruktur von 16 Milliarden DM erzielen wollen (+ drei Milliarden Entlastung bei den Ländern und Gemeinden).

Die mündlichen Erläuterungen der Unions-Abgeordneten vor der Presse haben aber ihren "konkreten" (was ist daran eigentlich konkret?) Vorschlag der Fünf-Prozent-Kürzung selbst relativiert. Dieses Ziel sei nicht gleich, sondern nur langfristig zu erreichen. Auch müßten nicht alle Subventionen gleichmäßig beschnitten werden, sondern nur so, daß die Gesamtsumme fünf Prozent betrage. - Im übrigen: Steuerliche Subventionen dürfen nach Unionsmeinung gar nicht angetastet werden, denn das Ergebnis käme ja nach Unions-Sicht einer "Steuererhöhung" gleich. Nimmt man alle diese Selbstrelativierungen zusammen und stellt fest, daß die Opposition keine einzige Subvention zum Abbau vorgeschlagen hat, dann kommt genau das heraus, was Herbert Wehner treffend "ein Messer ohne Klinge, dem das Heft fehlt" nennen würde.

Sieht man sich die "Beispiele" an, bei denen die Opposition Einschnitte beabsichtigt (wenn sie entscheiden könnte), wird sehr schnell erkennbar, daß für die Union hinter ihren Vorschlägen weniger die Spar-Absicht steht, als die Absicht, ungeliebte Leistungsverpflichtungen der staatlichen Gemeinschaft zu minimieren: Auf noch zu beratende unterschiedliche Art sollen die Arbeitslosen weniger Geld bekommen. Die Rentner sollen durch einen Krankenkassenbeitrag bei dieser Gelegenheit in die Sparaktion einbezogen werden, obwohl dieser große Personenkreis gerade in den letzten Jahren durch Verzichte auf erhöhten Rentenaufwuchs geholfen hat, die Rentenfinanzen sicher zu machen. Den Sozialhilfeempfängern sollen die Leistungen beschnitten werden. Von der Ausbildungsförderung soll insbesondere für die Kinder der Bezieher kleiner Einkommen, die weiterführende Schulen besuchen wollen, nicht viel übrig bleiben. Das Fazit all dieser Vorschläge ist leider einfach: Während die Koalition es vermieden hat, in die Leistungsgesetze tief einzuschneiden, macht die Opposition sich dies zum Ziel. Die Union trägt ihre Sparabsichten auf dem Rücken der kleinen Leute aus. Sie hat sich Personengruppen dafür ausgesucht, die alle nicht zu denjenigen gehören, die in unserem Land "über ihre Verhältnisse gelebt" haben. Und: die CDU/CSU



läßt in ihren "Spar"-Vorschlägen alle Personengruppen aus, die von ihrem Einkommen her am leistungsfähigsten wären, einen Beitrag zur Verbesserung der Staatsfinanzen zu erbringen.

Bleibt das schwierige Thema von Einschränkungen im Bereich der Kinderleistungen des Staates an die Familien. Daß die Koalition auch das Kindergeld - mit 19 Milliarden DM größter Ausgabeposten im Bundeshaushalt - durch eine etwa achtprozentige Kürzung in die Operation einbeziehen mußte, zeigt, wie schwierig es ist, Einsparungen insgesamt in zweistelliger Milliarden-Größe zu bewirken. Aber es zeigt eben auch, daß es zur Zeit außer den Sozialdemokraten keine politisch relevante Kraft gibt, die bereit ist, den von vielen Bürgern uns immer wieder nahegelegten Weg zu gehen, Kinderleistungen des Staates einkommensabhängig zu gewähren oder auf Progressionsvorteile bringende steuerliche Kinderleistungen (zum Beispiel Kinderbetreuungskostenbeitrag) zu verzichten. Wie sieht es zur Kindergeldfrage bei der Union aus? Nüchtern gesagt: Es ist nichts erkennbar! Vor den Leuten draußen tut die CDU/CSU so, als ob sie gegen Kürzungen beim Kindergeld ist. Die Formulierung des Beratungsergebnisses ihrer Bundestagsfraktion lautet aber "die...vorgesehene Senkung des Kindergeldes für Mehrkinderfamilien kommt für uns nicht in Betracht". Da erneut von CDU/CSU-Sprechern hinzugefügt wurde, das Kindergeld sei kein Tabu bei den Sparabsichten der Union, kann geschlußfolgert werden, das Kindergeld der Einkinder-Familien steht zur Disposition. Daneben steht immer noch die überraschend vernünftige Äußerung des CDU-Ministerpräsidenten Späth, er brauche kein Kindergeld, das heißt die Gut-Verdienenden könnten (zumindest auf Teile des Kindergeldes) verzichten. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht treibt dagegen in die entgegengesetzte Richtung. Wenn es bei den Absichten der Kürzung von 20 DM monatlich bei zweiten und dritten Kindern bleibe, würden die unionsregierten Länder ihren Ein-Milliarden-Anteil am Steuerkompromiß 1980 kündigen. Ob er schon daran gedacht hat, daß die Wirkung sein könnte, daß weitere Kürzungsnotwendigkeiten bei den Familien entstehen, für die dann die CDU/CSU die Verantwortung trägt? Man kann eigentlich zur Zeit dazu nur sagen: Da sei Stoltenberg vor, dessen Klugheit und dessen Absicht, seinen Landesetat bei dieser Gelegenheit zu sanieren, wohl noch ins Gesamtkalkül genommen werden muß.

(-/10.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Belastungen gleichmäßig und gerecht verteilen

Gemeinsam mit den Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer wahren

Von Hugo Brandt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres, Bildung, Sport der SPD-Bundestagsfraktion

Im Haushalt 1982 sind Sparmaßnahmen vorgesehen, von denen auch der öffentliche Dienst betroffen wird. Ölpreissteigerungen, Hochzinspolitik und Arbeitslosigkeit verlangen - weitergehend als im Haushalt 1981 - eine Rückführung der staatlichen Defizite und die Beschränkung des Zuwachses konsumtiver Ausgaben. Dabei sind Belastungen unserer Mitbürger unvermeidlich. Diese Belastungen müssen möglichst gleichmäßig und gerecht auf möglichst viele verteilt werden. Jeder weiß, wie schwierig das ist.

Die Bundesregierung hatte ursprünglich beabsichtigt, die im öffentlichen Dienst notwendigen Einsparungen mit einer Reihe von Einzelmaßnahmen zu erzielen, die jedoch auf erhebliche Kritik gestoßen sind. Sie hat diese Kritik aufgegriffen und diese Einzelmaßnahmen teilweise durch eine pauschale Kürzung der Bezüge um ein Prozent des Anfangsgrundgehalts und des Ortszuschlags ersetzt. Sicher: Auch dagegen läßt sich einiges vorbringen. Aber die prozentuale Belastung bedeutet eine Staffelung nach Einkommenshöhe (A 1 = 14,60 DM; A 16 = 37,10 DM; B 11 = 122,70 DM) und sie soll die Beschäftigten gleichermaßen treffen.

Selbstverständlich wird die SPD-Bundestagsfraktion den Entwurf der Bundesregierung in seinen Einzelteilen nochmals überprüfen. Korrekturen sind grundsätzlich nicht ausgeschlossen, sofern die Koalitionspartner sich darauf verständigen. Allerdings müßte in jedem Fall der Einsparungseffekt unvermindert erhalten bleiben.

Sorgen und Kritik der Gewerkschaften an den Sparbeschlüssen der Bundesregierung wird die SPD-Bundestagsfraktion eingehend mit ihnen erörtern. Die Gewerkschaften haben gerade in der Zeit weltweiter wirtschaftlicher Schwierigkeiten seit 1975 ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein und Augenmaß bewiesen. Die Tarifautonomie hat sich als einer der Eckpfeiler unseres Sozialgefüges bewährt. Sozialdemokraten werden daran nicht rütteln lassen. Wir sind überzeugt, daß auch angesichts schwieriger werdender Zeiten die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften dem gemeinsamen Ziel dienen wird, die Interessen der Arbeitnehmer zu wahren. (-/10.9.1981/ks/hgs)

+ + +

